Humanistische Union

Quartalsbericht Nr. 174 (Juni 2001)

Bericht des Landesverbandes Berlin für die Mitteilungen Nr. 174 (Juni 2001)

Nachdem der Berliner Innensenator Werthebach eine **Demonstration**linker Gruppen am **1. Mai** verboten hatte, rief die Berliner HUgemeinsam mit anderen Bürgerrechtsorganisationen kurzfristig zu einerDemonstration gegen das Demonstrationsverbot auf. Bei der von Jusos,Grüner Jugend und der PDS-Abgeordneten angemeldetenDemonstration stellten öffentlich-keitswirksam die Forderung nachErhalt der Versammlungsfreiheit in den Vordergrund.
HU-Mitglieder beteiligen sich auch an der vom Komitee fürGrundrechte und Demokratie initiierten Beobachtung der Polizei, diedokumentieren konnte, dass die "harte Linie" der Polizeiführung, diemit einer historischen Präsenz von 9.000 Einsatzkräften Teile Berlins ineinen Belagerungszustand versetzte, maßgeblich zurGewaltentwicklung nach dem Ende derfriedlichen Demonstrationbeigetragen hat. Angesichts der von Werthebach angetriebenenVorstöße der CDU zur Verschärfung des Demonstrationsrechts wirddas Versammlungsrecht auch in der nächsten Zeit ein Schwerpunkt derArbeit des Landesvorstandes sein.

Einen Etappenerfolg konnte das **Aktionsbündnis gegen die Einführung von Religion als Wahlpflichtfach** an Berliner Schulen verzeichnen, an dem die Berliner HU beteiligt ist: Der Landesparteitagder SPD erteilte den Plänen des Senats eine deutliche Absage. Im Arbeitsbereich Schule beschäftigt sich der Landesverband weiter mitder Frage der Gleichberechtigung von kleinen Religions und Weltanschauungsgemeinschaften mit den Großkirchen.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt des Landesvorstandes war die Entwicklung der **"Plattform gegen Rassismus in Staat und Gesellschaft"** . Nach der erfolgreichen Pressekonferenz vom 25. Maisetzen wir uns zusammen mit den anderen initiierenden Organisationenfür eine weitere Verbreitung des Aufrufs ein. Am 9. Mai wird sich dieHU wieder am Aktionstag gegen Rassismus und Neonazismusbeteiligen und mit einem Stand vor dem Roten Rathaus präsent sein.

Gemeinsam mit der Liga für Menschenrechte, der Zeitschrift Ossietzkyund der Stiftung des Hauses der Demokratie und Menschenrechte hatder Landesverband seine monatliche Diskussionsreihe **Republikanische Vesper** fortgesetzt. Im März sprachen wir mit Dr.Christiane Simmler vonai und Wolfgang Kaleck vom RAV über neueEntwicklungen im Internationalen Strafrecht vor dem Hintergrund derEinrichtung eines Internationalen Strafgerichtshofes. Im April ging es um Lebensverhältnisse in Ostdeutschland. Tobias Zuchtriegel vom Stab Neue Länder im Bundeskanzleramt trug aktuelle Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung vor. Angesichts der z.T. wieder wachsenden Schere zwischen Ost und Westdeutschland plädierte Dr. Edelbert Richter (SPD-Abgeordneter aus Thüringen) für industriepolitische Maßnahmen. Thema der Vesper im Mai war die Gleichstellung nichtehelicher Lebensweisen. Vor dem Hintergrund der Diskussion um die eingetragene Lebenspartnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare diskutierten wir mit den Bundestagsabgeordneten Volker Beck (Bündnis 90/Die Grünen) und Christina Schenk (PDS) über weiterreichende Perspektiven zur Entprivilegierung der Ehe.

https://berlin.humanistische-union.de/thema/quartalsbericht-nr-174-juni-2001/
Abgerufen am: 17.11.2026